



# « Dialog »

SPD

## SPD Nackenheim

Ausgabe 12-10/2011

Liebe Nackenheimerinnen,  
liebe Nackenheimer,

in nahezu allen Ausgaben dieses Blattes haben Sie auf Seite 1 einen Beitrag von Elke Zinn-Spies, der Vorsitzenden der **SPD**-Fraktion im Gemeinderat, gefunden, in dem sie sich mit kommunalpolitischen Themen kritisch auseinandergesetzt hat. In ihren Kommentaren hat sie sich auf der Grundlage sozialdemokratischer Politik zu strittigen Themen klar positioniert.

Elke Zinn-Spies ist erkrankt. Sie hat sich dazu entscheiden müssen, ihr Mandat als Gemeinderätin niederzulegen.

Wir - Ortsverein und Fraktion der **SPD** - tragen diese Entscheidung mit, weil wir der Meinung sind, dass die Schwere ihrer Krankheit neue Prioritäten verlangt. In Gedanken begleiten wir sie und ihre Familie in der kommenden Zeit und wünschen ihr baldige Genesung.

Ihre **SPD** Nackenheim

## Teilnahme am Entschuldungsfonds auf den Weg gebracht

In der Sitzung am 17.10.2011 hat sich der Gemeinderat mehrheitlich für die Teilnahme am Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz ausgesprochen. Er folgt damit einer Initiative der **SPD**-Fraktion, die einen entsprechenden Vorschlag mehrmals eingebracht hat.

Bereits mit Verabschiedung des Haushaltsplanes 2011 hat sich die **SPD** für die Teilnahme am kommunalen Entschuldungsfonds ausgesprochen. Auch später eingebrachten Anträgen sind die anderen Fraktionen nicht gefolgt.

Angesichts der extrem hohen Verschuldung unserer Gemeinde wurde der Druck von außen offensichtlich immer größer, so dass sich nunmehr die Verwaltung selbst gezwungen sah, einen entsprechenden Antrag im Rat einzubringen.

Die **SPD** begrüßt die Beteiligung am Entschuldungsfonds ausdrücklich. Sie sieht in diesem Instrument eine sehr gute Möglichkeit, die Gemeinde langfristig von Zinslasten zu befreien und damit auf den Weg der Handlungsfähigkeit zu bringen.

Wie funktioniert der Entschuldungsfonds?

Ausgangspunkt ist die Besorgnis erregende Zunahme der Verschuldung der Kommunen aus Krediten zur

Liquiditätssicherung. Um dieser dramatischen Entwicklung entgegen zu wirken, hat das Land Rheinland-Pfalz einen so genannten Entschuldungsfonds geschaffen.

Die Kommunen können im Jahr 2012 etwa 2/3 Drittel ihrer Kassenkredite auf den Entschuldungsfonds übertragen. Die Kredite werden bis zum Jahr 2026 verzinst und getilgt. Vom Zins- und Tilgungsdienst übernimmt das Land Rheinland-Pfalz ein Drittel, ein weiteres Drittel kommt aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs und ein Drittel müssen die jeweiligen Kommunen aufbringen.

Das Drittel der Kommunen muss aus dauerhaften Einsparungen oder Einnahmeverbesserungen erwirtschaftet werden. Hierzu müssen die Kommunen sich vertraglich verpflichten und jährlich darüber Rechenschaft ablegen.

Die **SPD** erwartet nun von der Verwaltung Einsparungsvorschläge. Aber allein der Antrag der Verwaltung

in der Ratsitzung am 17.10.2011, künftig auch den 2. und 3. Beigeordneten Susanne Jung und Margit Grub (beide CDU) eine Aufwandsentschädigung zu zahlen, lässt keinen ernsthaften Sparwillen erkennen (s. Seite 4).



*Gerüchte, wonach die Gemeindeverwaltung Kontakt mit Schuldnerberater Peter Zwega aufgenommen haben soll, haben sich nach unseren Recherchen nicht bestätigt.*

# Anträge der SPD im Gemeinderat chancenlos

Gemeindespitze zeigt ein Höchstmaß an Kreativität bei der Suche nach Ablehnungsgründen

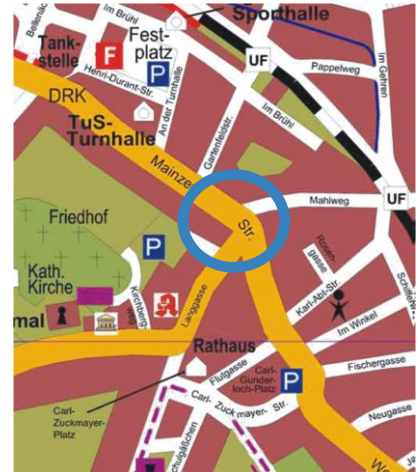
In der letzten Ausgabe dieses Blattes vom Februar 2011 hatten wir an einigen Beispielen dargestellt, wie mit den Anträgen der SPD-Fraktion umgegangen wird, mit welchen Begründungen die Unzulässigkeit erläutert wird und wie sich Anträge ergebnislos im Nichts verlieren.

Ortsbürgermeister Heinz Hassemer bleibt sich treu, wenn es um die Behandlung von Anträgen der SPD-Fraktion geht. Inhaltlich werden die Anträge erst gar nicht wahrgenommen, vielmehr wird intensiv recherchiert, welche Begründung dazu führen könnte, die Antragsannahme zu verweigern.

Im jüngsten Fall hat die SPD einen Antrag eingebracht mit dem Ziel, die Verkehrssituation in der Mainzer Straße/Abzw. Langgasse durch Änderung der Vorfahrtsregelung zu entschärfen. Unstrittig war natürlich, dass bei Straßen, die nicht in der Trägerschaft der Ortsgemeinde liegen, die abschließende Zuständigkeit des Straßenbaulastträgers gegeben ist.

Entsprechend wurde der Antrag formuliert (Auszug siehe Kasten): Die Verwaltung sollte - nach einem Beschluss des Gemeinderates - Verhandlungen mit den zuständigen Stellen aufnehmen und für die Realisierung sorgen. Soweit völlig unverfänglich, glaubt der unvor-eingenommene Leser.

Aber weit gefehlt. Wer Wort für Wort analysiert und nach formalen Gründen für eine Ablehnung des Antrags sucht, wird unter Umständen fündig. Da heißt es im Beschlussvorschlag, dass die Verwaltung für die Realisierung sorgt. Bei restriktiver Auslegung könnte man zu der Überlegung kommen, dass die Verwaltung diesem Beschluss - sollte er denn so gefasst werden - nicht



nachkommen kann, weil sie keine Rechte an den betroffenen Straßen hat.

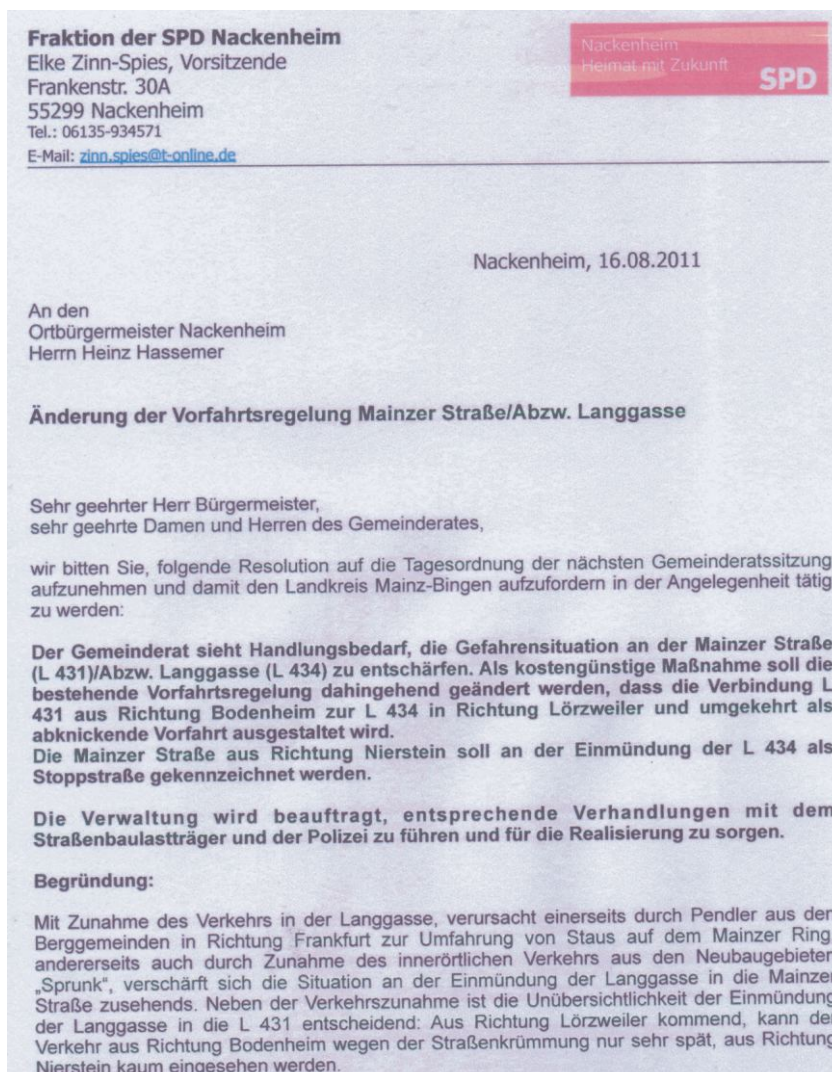
Jedem einsichtig denkenden Menschen dürfte allerdings klar sein, dass niemand vom Ortsbürgermeister erwartet, dass er mit Hacke und Schaufel neue Verkehrsschilder aufstellt. Solange wollten wir ohnehin nicht warten.

Nachdem die SPD-Fraktion eine schriftliche Begründung für die Verweigerung des Antrags gefordert hatte, waren die Verwaltungsexperten gefordert. Mit höchster Akribie haben gut bezahlte Mitarbeiter der Verbandsgemeindeverwaltung unter erschöpfenden Hinweisen auf die Regelungen der Gemeindeordnung und anderer einschlägiger Bestimmungen und Regelwerke begründet, warum sich der Gemeinderat nicht mit diesem Antrag beschäftigen kann.

Schilda? Nein, ein Trauerspiel. Jeder Ortsbürgermeister, der sich für "seine" Bürgerinnen und Bürger engagiert, hätte versucht, das Beste aus dem Antrag herauszuholen.

Aber, wie gesagt, Herr Hassemer bleibt seiner Arbeitsweise treu, einer Arbeitsweise, die man üblicherweise von Mandatsträgern erwartet, die sich um einen möglichst ungestörten Ablauf der laufenden Wahlperiode bemühen.

Den vollständigen Text des Antrags und die Begründung für die Ablehnung finden Sie auf unserer Homepage unter [www.spd-nackenheim.de](http://www.spd-nackenheim.de)



## Beigeordnete mit glücklosem Start

Susanne Jung (CDU) strauchelt bei ihrer ersten Aktion

Es ist Aufgabe der Legislative, die Exekutive in der Ausführung ihrer Verwaltungstätigkeit zu kontrollieren. Das ist ein Grundprinzip der Gewaltenteilung. Und es ist gut, wenn dieser Kontrollmechanismus funktioniert. Er ist Beweis gelebter und lebhafter Demokratie. Die Geschichte kennt genügend Beispiele mit verheerenden Folgen, wenn die Kontrolle der Verwaltung nicht funktionierte.

So stellt sich für die SPD-Fraktion im Gemeinderat die Frage, ob ein Mitglied der Verwaltung das demokratische Prinzip nicht verstanden hat und sich persönlich angegriffen fühlt, wenn die Opposition kritische Fragen zu bestimmten Vorgängen stellt. Wenn darüber hinaus die weitere Zusammenarbeit quasi aufgekündigt wird, stellt sich auch die Frage nach der Qualifikation dieses Verwaltungsmitglieds für öffentliche Aufgaben.

Um was ging es?

Die Beigeordnete Sabine Jung hatte offensichtlich die Absicht, die Lieferung der Möbel für die neue KiTa „Blumenwiese“ ohne Angebotsvergleiche im Wege der Ausschreibung an einen Anbieter zu vergeben. Für Vergaben im Rahmen der Konjunkturförderung ist zwar die beschränkte Ausschreibung und unter gewissen Bedingungen die freihändige Vergabe zulässig, jedoch sind Preis- und Leistungsvergleiche unabdingbar. In den diesbezüglichen Vorschriften heißt es, dass bei freihändiger Vergabe mindestens drei Angebote einzuholen sind.

Dies war nicht geschehen.

Die möglichen Auswirkungen dieser Praxis sind naheliegend. Erstens erfordert die katastrophale Haushaltssituation unserer Gemeinde unabdingbar die Pflicht zur Kosteneinsparung. Ob Kosten gespart werden, weiß man allerdings nur dann, wenn Angebote verglichen werden. Schließlich kosteten die Möbel fast 30.000 €.

Zweitens kann jeder Verstoß gegen die Richtlinien der Zuschussgeber zum Verlust der Fördermittel führen. Dieses Risiko einzugehen, ist geradezu leichtfertig.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Fraktion den Verzicht auf die Ausschreibung der Möbellieferung gerügt und auf bestehende Regelungen hingewiesen. Sie hat mit dieser Initiative den Versuch unternommen, die Gemeinde vor Schaden zu bewahren.

So überrascht es doch sehr, dass Frau Jung diese Sache zum Anlass nimmt, der SPD-Fraktion die Schuld für alle Folgen zuzuweisen. Mit Schreiben vom 31.3.2010 an die Eltern der Kindergartenkinder macht sie die SPD dafür verantwortlich, dass sich (Zitat) „die Eröffnung der Einrichtung verschoben [hat], da die SPD eine Ausschreibung bei der Vergabe

gewünscht hat“.

Die Beigeordnete geht noch einen Schritt weiter: Sie greift die Fraktionsvorsitzende der SPD persönlich an, in dem sie ihr Untätigkeit vorwirft.

Damit wurden Grenzen überschritten. Die SPD hat das Innenministerium des Landes gebeten, den Vorgang zu bewerten. Wir zitieren aus dem Antwortschreiben:

*„Aus den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, insbesondere der gebotenen beamtenrechtlichen Neutralitätspflicht ergibt sich bei der Unterrichtung der Einwohner die Verpflichtung der kommunalen Organe, die Gebote der Neutralität und der Sachlichkeit einzuhalten. Die Angelegenheit hätte bei gebotener Sachlichkeit und Wahrung der Neutralität in angemessener Form und ohne Benennung von Beteiligten in einem Rundbrief dargestellt werden können. Im vorliegenden Fall wird dies nicht hinreichend beachtet.“*

Auch ein weiteres Argument der Beigeordneten Jung als Begründung für die Möbelbestellung ohne Ausschreibung ist bemerkenswert. Hiernach konnten die Möbel erst nach Erarbeitung des pädagogischen Konzepts geordert werden.

Ist das ernst gemeint? Wenn ja, hoffen wir alle inständig, dass uns die Kindergartenleitung lange erhalten bleibt. Bei einem Wechsel müssten wir möglicherweise mit einer Änderung des Konzepts rechnen, was dann wieder die Beschaffung neuer Möbel nach sich ziehen könnte.

Aber vielleicht haben sich bis dahin die Zuständigkeiten in der Gemeindeverwaltung geändert.



## Herzlich willkommen

zum Senioren-Adventsnachmittag  
am Sonntag, 27.11.2011 ab 15 Uhr  
in der Carl-Zuckmayer-Halle Nackenheim  
bei Kaffee und Kuchen,  
einem Glas Wein und einem unterhaltsamen Programm.  
Die Tombola mit attraktiven Preisen hat schon Tradition.

Wenn Ihnen der Weg zu beschwerlich ist, rufen Sie Gabriele Wetzel an (Tel. 2287). Sie sorgt dafür, dass Sie abgeholt und wieder nach Hause gebracht werden.

Wir freuen uns auf Sie.

### SPD-Fraktion: Henning Borchers in den Gemeinderat nachgerückt

Nachdem Elke Zinn-Spies ihr Mandat aus gesundheitlichen Gründen niederlegen musste, ist Henning Borchers in den Gemeinderat nachgerückt. Er hat das Mandat in der Sitzung am 17.10.2011 angenommen.



Henning Borchers ist in Nackenheim vielfältig engagiert: Mitglied in der DLRG, der AWO und seit 15 Jahren Mitglied der SPD. Dort

ist er stellvertretendes Vorstandsmitglied. Er lebt seit 17 Jahren in Nackenheim.

Die Nachfolge von Elke Zinn-Spies als Fraktionsvorsitzende hat auf einstimmigen Beschluss der Fraktion Claudia Hippchen (46) übernommen. Sie wohnt seit 6 Jahren in Nackenheim und war zuvor Mitglied des Gemeinderates und des Verbandsgemeinderates Bodenheim. Sie ist verheiratet und hat 2 Kinder.

### Dorfentwicklung wird diskutiert

Die von der SPD initiierte Fortschreibung des Dorfentwicklungsplans ist auf den Weg gebracht. Inzwischen haben sich themenbezogene Arbeitsgruppen gebildet für

- Natur und Umwelt
- Ortskern
- Tourismus
- Verkehr
- Infrastruktur
- Gewerbe
- Gemeinschaft

Machen Sie mit, wenn es um das künftige Profil Nackenheims geht. Ihr Beitrag ist wichtig.

Achten Sie auf die Terminbekanntgabe im Amtsblatt.

### Das Allerletzte

Beigeordnete lassen sich Aufwandsentschädigungen abnicken.

Kurz vor Beginn der Verhandlungen über den Beitritt zum Entschuldungsfonds des Landes lässt die Ortsgemeindeverwaltung die Katze aus dem Sack. Mit den Stimmen der CDU, FWG und FDP wurde im Hauruckverfahren die Aufwandsentschädigung für die 2. und 3. Beigeordnete eingeführt.

Wer die Gemeinderatssitzung am 17.10.2011 miterlebt hat, wurde Zeuge einer Kuriosität. Da beschloss die Ratsmehrheit mit der CDU, FWG und FDP eine Aufwandsentschädigung für die Beigeordneten Susanne Jung und Margit Grub in Höhe von 30% des Regelsatzes, während in der selben Sitzung der Beitritt zum Entschuldungsfonds des Landes und damit die Absichtserklärung zu konsequentem Sparen beschlossen wurde.

Nun kann man die Meinung vertreten, auf 12.000 Euro Schulden mehr oder weniger im Jahr komme es nicht an. Man kann aber auch argumentieren, dass es gerade den Mandatsträgern gut anstünde, mit gutem Beispiel positive Zeichen zu setzen. So hat die

Sache mehr als ein "Gschmäcke" und alle, die diese Regelung befürwortet haben, werden sich fragen lassen müssen, wie ernst es denn mit ihrem Sparwillen eigentlich ist.

Die Aufwandsentschädigung für Ortsbürgermeister und Beigeordnete ist in der Hauptsatzung der Gemeinde geregelt. Sie stützt sich auf die "Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter. Danach erhalten bei einer Gemeindegröße von 5001 bis 6000 Einwohnern Ortsbürgermeister eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.737 Euro, Beigeordnete gemäß der Festlegung in der Hauptsatzung entsprechend weniger.

### Impressum

Herausgeber:  
SPD Ortsverein Nackenheim  
Frankenstraße 34a  
55299 Nackenheim  
E-mail: info@spd-nackenheim.de  
www.spd-nackenheim.de

Verantwortlich für den Inhalt:  
Marianne Grosse  
Frankenstraße 34a  
55299 Nackenheim

Auflage: 2500  
Druck: Fa. Lattreuter GmbH  
Fäulingstr. 44, 55283 Nierstein

<<Dialog>> wird an alle Haushalte in Nackenheim verteilt und erscheint unregelmäßig.

Bankverbindung:  
VB Alzey eG Kto-Nr. 68170907  
(BLZ 55091200)